



Deutsche Umwelthilfe fordert mit Verbänden und Kommunen: Dach-Photovoltaik sichern für Gewerbe, Kommunen und Bürger

- „Realitätscheck“ für die Energiewende von Wirtschaftsministerin Reiche droht Photovoltaik-Anlagen auf Dächern auszubremsen
- Aufdachanlagen bleiben zentraler Hebel für kommunalen Klimaschutz
- Aktionsbündnis fordert Unterstützung von Bundesregierung für Privatpersonen, Kommunen und Bürgerenergie bei urbaner Energiewende durch Smart-Meter-Rollout, Energy Sharing und Mieterstrom

Berlin, 26.8.2025: Die Deutsche Umwelthilfe (DUH), die Stadt Bonn und die Gemeinde Bakum, das Bündnis Bürgerenergie (BBEn) sowie der Bundesverband Steckersolar (BVSS) fordern von Wirtschaftsministerin Katherina Reiche ein klares Bekenntnis zur bürgernahen Energiewende. In wenigen Tagen will die Wirtschaftsministerin den Entwurf ihres „Realitätschecks“ für die Energiewende vorlegen. Dieser droht, die Dach-Photovoltaik in Deutschland auszubremsen.

Zuletzt gingen die Signale in die falsche Richtung: Die andauernde Diskussion über Netzentgelte für Solarstrom-Einspeiser sowie der von der Wirtschaftsministerin jüngst geforderte Förder-Stopp für neue private Solaranlagen würde dazu führen, dass viele Dächer in deutschen Städten weiter leer blieben. Dabei ist der weitere Zubau von kleinen und großen Photovoltaik-Anlagen in Städten dringend nötig, um die Pariser Klimaziele zu erreichen: In Städten sind die Stromnetze in der Regel aufnahmefähig und Solarstrom kann erzeugungsnah verbraucht werden. Viele private PV-Aufdachanlagen führen zudem zu einer hohen Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung und funktionieren gänzlich ohne Neuversiegelung.

Barbara Metz, Bundesgeschäftsführerin der DUH: *„Die Wirtschaftsministerin schlägt einen grundfalschen Weg ein, wenn sie durch einen klein gerechneten zukünftigen Strombedarf und schlechtere Rahmenbedingungen Solaranlagen auf dem Dach unattraktiver macht. Katherina Reiche unterstellt Besitzerinnen und Besitzern zudem Rücksichtslosigkeit in ihrem Verbrauchsverhalten. Wie aber sollen sich die Menschen netzdienlich verhalten, wenn ihnen dazu die technischen Voraussetzungen mit Smart Meter und Energy Sharing verwehrt werden? Deshalb fordern wir Frau Reiche auf, sich ein Beispiel an den baltischen und skandinavischen Staaten zu nehmen, die bereits eine Smart-Meter-Abdeckung von bis zu 90 Prozent erreicht haben – während Deutschland bei mageren 2 Prozent stagniert. Frau Reiche muss überflüssige Hürden abbauen und den Rollout der Smart Meter endlich beschleunigen. Davon würden die Bürgerinnen und Bürger direkt profitieren. Setzt die Bundeswirtschaftsministerin hingegen weiter auf fossile Energieträger, profitieren vor allem Großkonzerne wie RWE und E.ON – auf Kosten der Bevölkerung. Frau Reiche darf sich nicht zur Steigbügelhalterin fossiler Interessen machen. Sie sollte dem klaren Willen der Bevölkerung vertrauen – denn die unterstützt den geförderten, bürgernahen Ausbau von Dach-PV fast einhellig.“*

Katja Dörner, Oberbürgermeisterin Bonn: „PV-Dachanlagen, egal ob auf Eigenheim, Gewerbe oder kommunalen Dächern, sind neben der kommunalen Wärmeplanung weiterhin der zentrale Klimaschutz-Hebel für Kommunen. Sie stärken die regionale Wertschöpfung, bieten unmittelbare Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, entlasten kommunale Haushalte und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Damit auch in Großstädten alle verfügbaren Dachflächen für die Energiewende erschlossen werden, braucht es einen verbindlichen Rechtsrahmen für Energy Sharing, der den unbürokratischen Verkauf von überschüssigem Strom anreizt. Die aktuellen bundespolitischen Debatten über die Zukunft der Aufdach-Photovoltaik beeinträchtigen dagegen die Planungssicherheit, die Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen für ihre langfristigen Investitionen in den Klimaschutz benötigen.“

Tobias Aeverbeck, Bürgermeister Bakum: „In Bakum ist die Energiewende schon lange gelebte Praxis. Politik, Verwaltung und Bürgerschaft ziehen an einem Strang. Das Energy Sharing wäre der nächste Schritt, um sich gemeinschaftlich selbst zu versorgen und daraus auch noch einen wirtschaftlichen Vorteil zu erzielen. Hier gilt es beim aktuellen Gesetzentwurf der Bundesregierung im parlamentarischen Verfahren nachzubessern, damit alle Bürgerinnen und Bürger niedrigschwellig Energie teilen und gemeinschaftlich nutzen können. Erst wenn das gelingt, kann Energy Sharing an die Stelle der EEG-Förderung treten und der aktuelle Vorschlag der Bundesregierung wäre sinnvoll. Ohne diese Nachbesserungen droht die Energiewende deutlich an Fahrt zu verlieren. Das gilt es zu verhindern.“

Katharina Habersbrunner, Geschäftsführende Vorständin BBE: „Günstiger Solarstrom vom eigenen Dach ist nicht das Problem, sondern Teil der Lösung – und ein strategischer Standortvorteil für unser Land. Allein die Diskussionen um Kürzungen und zusätzliche Netzentgelte verunsichern Bürger, Kommunen und Investoren, treiben Finanzierungskosten hoch und lassen dringend benötigte PV-Projekte scheitern. Bürgerenergieprojekte bringen Kapital, Know-how und Akzeptanz. Anstatt Hürden aufzubauen, braucht es jetzt: Mehr statt weniger Dach-PV, klare und verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen sowie Flexibilisierung durch innovative Modelle wie z.B. Energy Sharing. Jede Verzögerung und Planungsunsicherheit kosten uns Zeit, Geld und Klimaschutz. Wir müssen jetzt handeln – oder wir zahlen später den doppelten Preis.“

Christian Ofenheusle, Vorstand BVSS: „Auch wir beobachten die Angriffe seitens E.ON, RWE und VKU auf eine bürgernahe Energiewende mit großer Besorgnis. Die ersten Signale aus dem Hause Reiche lassen Schlimmes erwarten. Statt die dezentrale Erzeugung, Speicherung und Nutzung von Solarenergie weiter zu beschränken, sollte das volle Potenzial endlich erkannt und gezielt gehoben werden. Denn mit Steckersolargeräten und PV-Aufdachanlagen, kombiniert mit Heimspeichern, Elektromobilität und Wärmepumpe, lässt sich die dringend benötigte Sektorenkopplung hervorragend voranbringen. Gerade der von Frau Reiche wiederholt genannte Aspekt eines stabilen Stromnetzes kann auch bei 100% erneuerbarer Energie über einfache Anreizsysteme gelingen. Die Bürger sind bereit dazu, nun ist die Politik am Zug.“

Link:

Ein 10-Punkte-Papier für PV-Aufdachanlagen finden Sie hier: <https://l.duh.de/p250826>

Kontakt:

Barbara Metz, Bundesgeschäftsführerin DUH
0170 7686923, metz@duh.de

Katja Dörner, Oberbürgermeisterin Bonn
0228 773000, presseamt@bonn.de

Tobias Aeverbeck, Bürgermeister Bakum
04446 8990, t.aeverbeck@bakum.de

Katharina Habersbrunner, Geschäftsführende Vorständin BBE
030 30 881789, katharina.habersbrunner@buendnis-buergerenergie.de

Christian Ofenheusle, Vorstand BVSS
030 2845 2849, christian.ofenheusle@bundesverband-steckersolar.de

DUH-Newsroom:

030 2400867-20, presse@duh.de

www.duh.de